

WOHNUNGSPOLITIK IN RUSSLAND

■ ANALYSE	
„Erschwingliches Wohnen“. Wohnungsmarkt und nationales Wohnungsprojekt in Russland	2
Maxim Poletajew, Irkutsk	
■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT	
Wohnen und Wohnungsbau	6
Alltagsorgen der russischen Bevölkerung	11
Die Wohnsituation im August 2006	12
Wohnkosten	12
■ KOMMENTAR	
Russische Wohnungspolitik - Nachjustieren im Nationalen Projekt?	13
Diana Huster, Berlin	
■ UMFRAGE	
Das nationale Projekt „Erschwingliches Wohnen“ in Umfragen	15
Monitoring des nationalen Projektes „Erschwingliches Wohnen“ durch die „Stiftung Öffentliche Meinung“ (FOM)	15
Gesundheit, Wohnen, Bildung, Landwirtschaft ...	16
■ CHRONIK	
Vom 1. bis zum 8. Februar 2007	19



Analyse

„Erschwingliches Wohnen“ Wohnungsmarkt und nationales Wohnungsprojekt in Russland

Maxim Poletajew, Irkutsk

Zusammenfassung

In Russland hat sich nach 1991 ein Wohnungsmarkt herausgebildet, der die schwierige Situation des Wohnungssektors zunächst nicht gelöst hat. Nach 2001 belebte sich zwar der Wohnungsbau, doch die Preisentwicklung führte dazu, dass die Kaufkraft der Bevölkerung beim Erwerb von Wohnungen im Zeitraum 2004–2006 um 15–30% gesunken ist. Das hat die Regierung dazu veranlaßt, ein umfangreiches Gesetzespaket zur Regulierung des Wohnungsmarktes aufzulegen und im Rahmen des Nationalen Projekts „Erschwingliches Wohnen“ Maßnahmen dazu zu ergreifen, die Krise im Wohnungssektor zu überwinden. Bisher ist es aber nicht zu einer fühlbaren Verbesserung der Situation gekommen.

Die Herausbildung des Wohnungsmarktes in Russland

Die Herausbildung des Wohnungsmarktes im heutigen Russland und seine Regulierung durch den Staat lässt sich – mit gewissen Vorbehalten – in drei zeitliche Etappen einteilen.

In der ersten Etappe, die 1992 begann und bis 1996–97 dauerte, bildete sich der Wohnungsmarkt unter extremen Rahmenbedingungen heraus: die makroökonomische Situation und die öffentlichen Haushalte steckten in einer Krise, die Bauindustrie erlebte eine drastische Talfahrt und die Branche der kommunalen Wohnungsdienstleistungen befand sich in einer kritischen finanziellen Lage. Die staatliche Politik hatte in dieser Periode einen deutlich ausgeprägten sozialen Charakter, und der Umfang der Strukturreformen war minimal.

Die zweite Etappe, deren Abschluss auf den Zeitraum 2002–2003 fällt, stand ganz im Zeichen des vom Staat angesichts der verbesserten makroökonomischen Bedingungen und der gestiegenen Realeinkommen der Bevölkerung in Gang gesetzten Übergangs vom „sowjetischen“ System der sozialen niedrigen Tarife für kommunale Wohnungsdienstleistungen und der Zuwendungen für die staatlichen Wohnungs- und Kommunalwirtschaftsunternehmen zur völligen Bezahlung der Wohnungsdienstleistungen durch die Bevölkerung und zur Einführung individueller Wohnungsbeihilfen für die einkommensschwachen Bevölkerungsschichten. Zwar wurde diese Aufgabe realisiert, aber dennoch kamen, außer in den größten Wirtschaftszentren, weder der Wohnungsbau noch die Wohnungsdienstleistungen aus der Krisensituation heraus.

Die dritte (heutige) Etappe schließlich ist neben der Aktivierung der Sozialpolitik des Staates da-

durch gekennzeichnet, dass das Schwergewicht der staatlichen Politik auf strukturelle Veränderungen auf dem Markt des Wohnungsbaus und der Wohnungsdienstleistungen gelegt ist. Diese Politik findet bei einer spürbaren Belebung des Bauwesens statt, die durch den Anstieg der Realeinkommen der Bevölkerung und die Schaffung eines Marktes für Hypothekenkredite verursacht ist.

Die Belebung des Wohnungsbaus 2001–2002

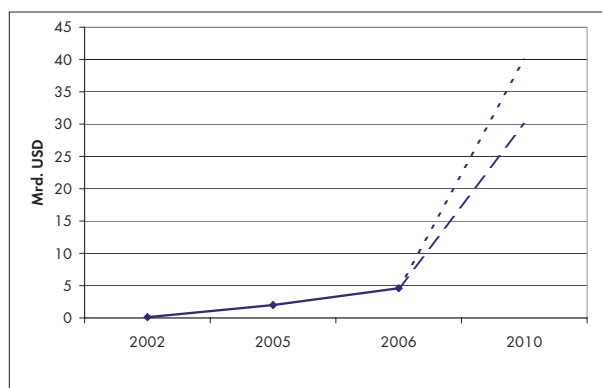
Seit 2001–2002 zeichnet sich in Russland eine deutliche Tendenz zur Belebung des Wohnungsbaus ab – die Zahl der fertiggestellten Wohnungen beginnt langsam zuzunehmen. Diese Belebung gründet sich vor allem auf die Zunahme der durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommen der Bevölkerung, die im Zeitraum 2001–2005 von 2281 Rubel (\$80) im Monat auf 7938 Rubel (\$300) bzw. real ausgedrückt um 53% stiegen. Es findet eine spürbare Veränderung der Nachfragestruktur hin zu preisgünstigeren Wohnungen statt: Während in den 1990er Jahren nur 50% der Neubauwohnungen Ein- oder Zweizimmerwohnungen waren, waren es 2004 schon 60%.

Zu einem wichtigen Faktor der steigenden Nachfrage nach Wohnraum wird das schnelle Wachstum des Marktes der Wohnungs- und Hypothekenkreditierung, das sowohl durch die steigenden Einkommen der Bevölkerung als auch durch die Senkung der Zinssätze für Hypothekenkredite (von 20–22% Jahreszinsen Anfang 2002 auf 11–13% im Jahr 2006) bedingt ist.

Wurde im Jahr 2002 das Volumen der an die Bevölkerung vergebenen Wohnungskredite auf 3,5 Mrd. Rubel (\$120 Mio.) geschätzt, so war es bis Anfang 2005 auf 54,1 Mrd. Rubel (\$2 Mrd.) ange-

stiegen. Im Laufe des Jahres 2005 stieg das Volumen der gewährten Kredite auf 125,7 Mrd. Rubel (\$4,6 Mrd.), d.h. um 132%, und im ersten Halbjahr 2006 auf 192,5 Mrd. Rubel (\$7,1 Mrd.) und damit um weitere 53%. Es wird damit gerechnet, dass das Volumen der an die Bevölkerung vergebenen Wohnungskredite schon bis 2010 auf \$30–40 Mrd. steigen wird. Dennoch macht dieser Wert, bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt Russlands, nur ca. 5% aus und damit nur einen Bruchteil dessen, was in den Ländern Westeuropas üblich ist.

Volumen der gewährten Hypothekenkredite (2006: 1. Halbjahr, 2010: Schätzungen)



Wohnungsbaufinanzierung und Preissteigerung

Anzumerken ist, dass in der Anfangsphase der Entwicklung des Marktes viele Vertreter der Föderationsregierung die Lösung des Problems der Bezahlbarkeit von Wohnraum fast ausschließlich in der Entwicklung finanzieller Instrumente zur Stimulierung der Nachfrage sahen: etwa Hypotheken und Subventionierung der Anfangseinlagen und der Zinsen auf Kredite für den Wohnungserwerb. Dabei setzte die Föderationsregierung nicht nur Instrumente ein, mit denen wirtschaftlich und administrativ zur Entwicklung der Hypothek und zur Senkung der Zinssätze stimuliert werden sollte, sondern sie beteiligte sich auch unmittelbar daran.

So wurde 2001 die *Agentur für die Kreditierung von Wohnungshypotheken (AISHK)* gegründet, mit der ein System zur Refinanzierung von Hypothekenkrediten nach dem Modell der amerikanischen *General National Mortgage Association (GNMA, Ginnie Mae)* geschaffen werden sollte. Die Refinanzierung der Hypothekenkredite durch die AISHK erfolgte durch Ausgabe von Obligationen, die von der Föderationsregierung garantiert waren. Im Zeitraum 2001–2005 refinanzierte die AISHK 24 000 Hypothekenkredite in einer Gesamtsumme von 10,5

Mrd. Rubel. Im Zeitraum 2006–2010 soll der geplante Umfang der staatlichen Garantien auf Anleihen der AISHK erheblich gesteigert werden: auf 138 Mrd. Rubel.

Die Entwicklung des Hypothekenmarktes und die staatliche Politik „schleuste“ große Mengen an „neuem Geld“ auf den Markt, wo es auf folgende schon erwähnte Faktoren traf: eine auf schnelles Wachstum des Produktionsvolumens nicht eingestellte Bau- und Baumaterialindustrie (die Folge war ein rascher Anstieg der Preise für Baumaterialien, z.B. für Zement), schwache rechtliche Reglementierung des Marktes und geringe finanzielle Transparenz der Baubranche, ein Mangel an Baugrundstücken und administrative Beschränkungen für ihre Bereitstellung.

Die Folge war ein rascher Preisanstieg auf dem primären Wohnungsmarkt. Betrug noch im Jahr 2000 der durchschnittliche Preis für eine Neubauwohnung in Moskau \$1500/m² und in den großen Städten \$500–700/m², so stieg er bis 2006 auf \$4000/m² bzw. \$1000–1500/m², d.h. er wurde vergleichbar mit dem westeuropäischen Niveau bei einem wesentlich niedrigeren Einkommensniveau der Bevölkerung. Ähnliche Entwicklungen fanden auch auf dem sekundären Wohnungsmarkt statt und ebenso auf dem Mietwohnungs- und Baugrundstückmarkt. Das Ergebnis war, dass sich die Kosten für 20–30 Jahre alte Wohnungen von nicht besonders hoher Qualität in vielen Städten fast den Kosten für Neubauwohnungen angleichen. Bildlich gesprochen, machte „die Hypothek den Wohnraum so teuer, dass es unmöglich war, ihn ohne Hypothek zu kaufen“. Nach Expertenschätzungen hat der Preisanstieg für Immobilien in Russland dazu geführt, dass die Kaufkraft der Bevölkerung beim Erwerb von Wohnungen im Zeitraum 2004–2006 um 15–30% gesunken ist.

Ansätze zur Regulierung des Wohnungsmarktes

Somit hat die Entwicklung auf dem Wohnungsmarkt die Lösung des wichtigsten sozial-ökonomischen Problems, nämlich der Erschwinglichkeit von Wohnraum für breite Schichten der Bevölkerung, nicht nur nicht näher gebracht, sondern sogar noch schwieriger gemacht. Die Regierung der Russischen Föderation hat das erkannt und daraufhin eine Reihe neuer Beschlüsse zur Regulierung des Wohnungsmarktes gefasst.

Der erste Block von Beschlüssen, das so genannte „Gesetzespaket zur Schaffung eines Marktes für erschwinglichen Wohnraum“, wurde im Wesentlichen Ende 2004–Anfang 2005 verabschiedet und enthielt folgende grundlegenden Gesetze zur Verbesserung der

rechtlichen Regulierung des Wohnungsmarktes:

- den *Städtebaukodex*, in dem insbesondere ein für das gesamte Land einheitliches Verfahren für den Erhalt von Baugenehmigungen festgelegt wurde;
- den neuen *Wohnungskodex*, der als Ersatz für den veralteten Wohnungskodex der RSFSR von 1983 verabschiedet wurde und dessen zentrale Bestimmung darin bestand, dass die Eigentümer von Mehrfamilienhäusern verpflichtet sind, die Art der Verwaltung des Wohnungsbestands zu wählen, womit die Voraussetzungen für marktwirtschaftliche Verhältnisse in diesem Bereich geschaffen wurden;
- das neue *Gesetz über die anteilige Beteiligung am Bau von Mehrfamilienhäusern*, das die Anforderungen an Baugesellschaften, die ihre Mittel im Wohnungsbau auf diese Weise heranziehen, erheblich verschärft;
- ein Gesetzespaket zur Entwicklung der Kreditierung durch Hypotheken (Gesetz über Kreditverläufe, Änderungen im Zivilgesetzbuch, Gesetze über Hypotheken, über staatliche Registrierung der Rechte an Immobilienbesitz und über Hypothekenwertpapiere);
- Gesetze über die Grundlagen der tariflichen Regulierung von Organisationen des kommunalen Komplexes und über Konzessionsvereinbarungen, die einheitliche Anforderungen an die Festsetzung der Tarife für kommunale Dienstleistungen festlegen und die Möglichkeit vorsehen, kommunale Infrastruktur privaten Gesellschaften in Konzession zu überlassen.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist es noch schwierig, etwas über die Auswirkung dieser Gesetze zu sagen, da das Wirksamwerden jedes einzelnen von ihnen tiefgreifende institutionelle Umgestaltungen voraussetzt, in deren Verlauf ihre Normen erheblichen Korrekturen unterzogen werden. Insofern ist die Situation, die im Zusammenhang mit der Anwendung des Gesetzes über die anteilige Beteiligung am Bau von Mehrfamilienhäusern entstanden ist, sehr bezeichnend: Da die Baugesellschaften es nicht rechtzeitig geschafft hatten, sich den Forderungen des Gesetzes anzupassen, schoben einige von ihnen die Realisierung ihrer Bauprojekte auf, während andere sich alternativen Modellen der Aufnahme von Mitteln (über die Emission eigener Wechsel) zuwandten, durch die der juristische Schutz der Käufer ebensowenig gewährleistet war. Damit waren die kurzfristigen Auswirkungen dieser Entscheidung den Erwartungen diametral entgegengesetzt.

Probleme mit der Realisierung gibt es auch bei anderen gesetzgeberischen Beschlüssen (z.B. bei den Beschlüssen über die Verwaltung des

Wohnungsbestands und bei der Einführung von Kreditbüros), auch wenn sie auf keine so breite gesellschaftliche Resonanz stießen.

Das Nationale Projekt „Erschwinglicher Wohnraum“

Zugleich veranlasste die auf dem Wohnungsmarkt entstandene Situation die Regierung dazu, weitere Maßnahmen zu beschließen, ohne die Auswirkung der gerade erst verabschiedeten Gesetze abzuwarten. Schon im Frühjahr 2005 wurden diese Maßnahmen von Präsident Wladimir Putin als nationales Projekt unter dem Titel „Erschwinglicher und komfortabler Wohnraum für die Bürger Russlands“ deklariert. Anders als das Gesetzespaket zur Schaffung eines Marktes für erschwinglichen Wohnraum betraf das nationale Projekt „Erschwinglicher Wohnraum“ die staatliche finanzielle Förderung des Wohnungsbaus sowie das System der Kreditierung durch Hypotheken. Das Gesamtvolumen der Mittel (einschließlich der durch die Föderationsregierung garantierten Mittel privater Investoren), die für dieses Projekt bereitgestellt werden sollten, betrug über 900 Mrd. Rubel. Diese Mittel wurden für die Erfüllung folgender Aufgaben ausgewiesen:

1. Für das Unterprogramm „Wohnraumversorgung für junge Familien“ (Subventionierung des Wohnungserwerbs oder Subventionierung der Ersteinlage beim Erhalt eines Hypothekenkredits) 165 Mrd. Rubel (berechnet auf 181 700 junge Familien);
2. für das Unterprogramm „Erfüllung der staatlichen Garantien zur Wohnungsversorgung von durch die Föderationsgesetzgebung definierten Bevölkerungskategorien“ Subventionen für den Wohnungserwerb von Militärangehörigen, Heimatvertriebenen, Strahlungsgeschädigten und Aussiedlern aus den Regionen des Hohen Nordens, hauptsächlich durch den Mechanismus der staatlichen Wohnungszertifikate) 156 Mrd. Rubel (berechnet auf 132 300 Familien);
3. für das Unterprogramm „Erschließung von Baugrundstücken“ (Kredite und Garantien für Investitionsprojekte, die von den kommunalen Organen zur Erschließung von Grundstücken zur Bebauung mit Wohnhäusern realisiert werden) 284 Mrd. Rubel (ausgehend von der im Laufe von fünf Jahren erwarteten Fertigstellung von zusätzlichen 60 Mio. m² Wohnraum auf diesen Grundstücken, was eine Steigerung der jährlichen Fertigstellung von Wohnraum um 25% ermöglicht);
4. für das Unterprogramm „Modernisierung von Objekten der kommunalen Infrastruktur“

(Mitfinanzierung von Investitionen regionaler und kommunaler Organe sowie privater Investoren) 96 Mrd. Rubel;

5. für die Entwicklung des Systems der Refinanzierung von Hypothekenkrediten (Einlage in das Stammkapital der AISHK, Garantien auf Obligationen der AISHK) 200 Mrd. Rubel.

Neu sind von allen Maßnahmen des Projekts nur die Unterprogramme, die die kommunale Infrastruktur betreffen. Diese Unterprogramme sollen potentiell das für die Stabilisierung des Wohnungsmarktes notwendige Angebot erweitern. Gegenwärtig jedoch lassen sich nur Schwierigkeiten feststellen, auf die ihre Realisierung stößt. Zum ersten stößt die Realisierung der für die staatliche Politik „neuen“ Unterprogramme des nationalen Projekts auf systembedingte Probleme der Leitung sowohl auf der Ebene der Föderation (späte Verabschiedung normativer Akte, langwierige administrative Prozeduren) als auch in den Regionen. Zum zweiten sind diese Maßnahmen auch inhaltlich nicht unumstritten. Die Projekte zur Erschließung von Grundstücken, könnten, wenn sie unter dem Kostengesichtspunkt auf einer wirtschaftlich soliden Grundlage stehen (wobei die Kosten für diese Projekte praktisch nicht von der Bereitstellung von Mitteln durch die Föderationsregierung abhängig sind), durchaus von den Kommunen und den von ihnen hinzugezogenen privaten Investoren ohne zusätzliche

Stimulierung durch die Föderationsregierung realisiert werden. Die Tatsache, dass dies nicht geschieht, lässt auf andere Ursachen für das unzureichende Wohnungsangebot schließen. In der Regel liegen diese Ursachen beim Unwillen der örtlichen Organe, die gewachsene Marktstruktur und die Marktverhältnisse zu ändern, des Weiteren bei Problemen der Baubranche, bei Beschränkungen der Bodennutzung, bei der Städtebaupolitik, der technischen Infrastruktur u.a.. Gerade diese Probleme waren es, die mit dem Beginn der praktischen Durchführung der Unterprogramme „an die Oberfläche traten“.

Der grundlegendste Einwand gegen das nationale Projekt liegt jedoch darin, dass diese Maßnahmen schlichtweg unzureichend sind. Trotz der – gemessen an den Möglichkeiten des Staatshaushalts – beträchtlichen Höhe der bereitgestellten Mittel (um die 3% der Ausgaben des Föderationshaushalts jährlich) wird im Laufe der nächsten fünf Jahre nur mit dem Bau von zusätzlichen 60 Mio. m² Wohnraum gerechnet. Diese Ziffer macht nur 2% des Gesamtwohnungsbestands aus und ist vergleichbar mit dem **jährlichen** Bedarf an neuem Wohnraum. Somit stellt sich zu Recht die Frage, ob es sich lohnt, bei der Entwicklung des Wohnungsbaus das Hauptschwergewicht auf die finanzielle Beteiligung des Staatshaushalts zu legen.

Übersetzung: Bernd Bentlin

Über den Autor

Maxim Poletajew leitet die Sberbank in Irkutsk.

Im Jahre 2006 war er Gastwissenschaftler am Deutschen Institut für Internationale Politik und Sicherheit der SWP und erarbeitete dort eine vergleichende Studie über deutsche und russische Wohnungspolitik.

Lesetipps:

- A. Alexandrova: Housing and Public Services in a Medium-Sized Russian City. Case Study of Tomsk, in: Eurasian Geography and Economics, 45.2004, Nr. 2, S. 114–133.
- Maxim Poletaev: Die nationalen Wohnungsprojekte in Russland und Deutschland. Eine vergleichende Analyse. Berlin, Januar 2007 (Typoskript)
- L. Skyner: Rehousing and Refinancing Russia: Creating Access to Affordable Mortgaging, in: Europe-Asia Studies, 57.2005, Nr. 4, S. 561–581.
- T. Tschetwernina [T. Četvernina]: Alltag und Krise: Wohnen im neuen Russland. Ein Analytischer Bericht von Tatjana Tschetwernina im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung in der Russischen Föderation gemeinsam mit dem Zentrum für Arbeitsmarktforschungen, Russische Akademie der Wissenschaften. In einer Bearbeitung von Angela Rustemeyer, Moskau: Friedrich Ebert Stiftung, Vertretung in der Russischen Föderation 2006, 28 S.

Tabellen und Grafiken zum Text

Wohnen und Wohnungsbau

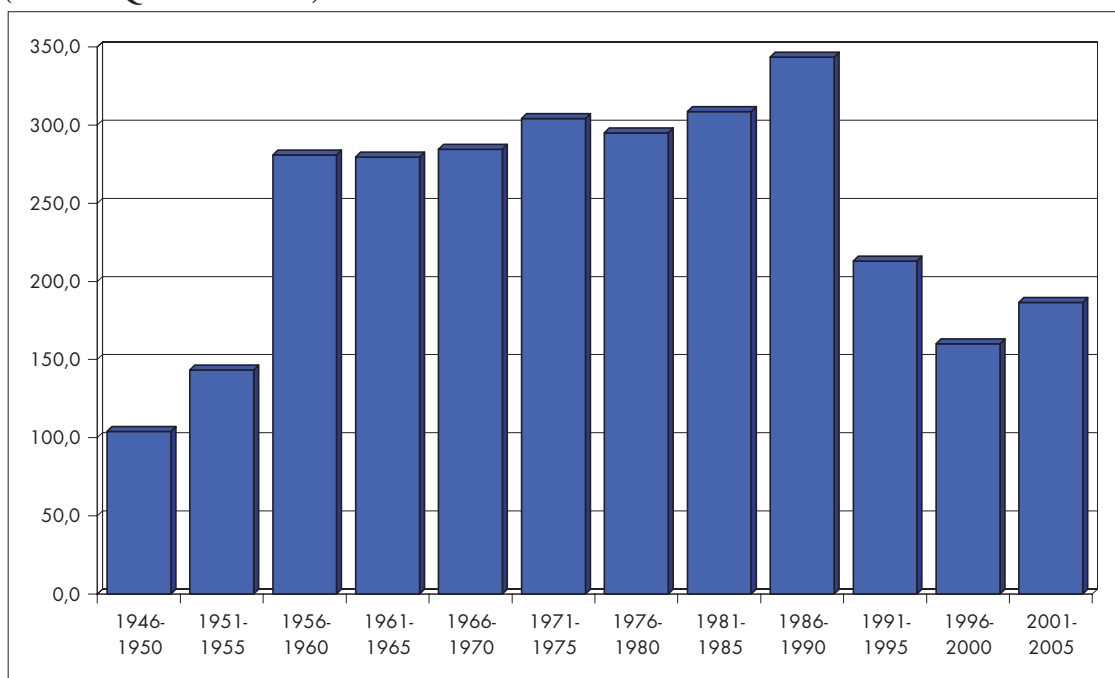
Die Wohnungssituation in Russland 1970–2004

	1970	1975	1980	1985	1990	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
Wohnraum pro Person (Ende des Jahres, m ²)	13,4	14,9	16,4	18,0	18,2	18,5	18,7	18,9	19,2	19,5	19,8	20,2	20,5
<i>darunter:</i>															
in der Stadt	11,1	12,2	13,3	14,4	15,7	17,7	18,0	18,2	18,4	18,7	18,9	19,2	19,5	19,8	20,3
auf dem Lande	13,7	16,2	18,1	18,7	18,9	19,2	19,5	19,6	19,9	20,3	20,7	21,0	21,1
Zahl der Wohnungen insgesamt (Mio.)	44,9	48,8	52,0	53,2	53,6	53,8	54,9	55,1	55,6	56,0	56,4	56,9
<i>darunter:</i>															
1-Zimmerwohnungen	12,1	12,3	12,4	12,4	12,7	12,8	12,9	13,0	13,1	13,2
2-Zimmerwohnungen	21,9	22,0	22,1	22,1	22,4	22,6	22,8	22,9	23,0	23,1
3-Zimmerwohnungen	15,0	15,4	15,6	15,6	15,9	16,2	16,3	16,4	16,5	16,7
4-Zimmerwohnungen und größer	2,4	2,6	2,7	2,8	3,2	3,5	3,6	3,7	3,8	3,9
Durchschnittsgröße einer Wohnung (m ²)	44,6	46,6	47,7	47,9	48,2	48,6	48,9	49,1	49,3	49,6	49,9	50,1
1-Zimmerwohnungen	31,7	31,5	31,7	31,9	32,0	32,0	32,0	32,1	32,2	32,4
2-Zimmerwohnungen	44,7	44,9	45,0	45,2	45,3	45,4	45,5	45,7	45,8	45,9
3-Zimmerwohnungen	59,3	59,5	59,7	60,1	60,0	60,4	60,6	60,7	61,0	61,1
4-Zimmerwohnungen und größer	-	77,3	77,4	79,1	80,4	82,4	82,6	84,2	86,2	87,5	88,9
Anteil der Familien auf der Warteliste für Wohnungen an allen Familien (Ende des Jahres, in %)	20%	15%	14%	13%	13%	12%	11%	10%	9%	11%	10%
Grundrenovierte Wohnhäuser im Jahr, m ²	44.360	41.053	55.742	43.832	29.103	11.666	7.349	6.392	4.940	4.125	3.832	4.780	4.833	4.625	4.768
Privatisierte Wohnungen (kumulativ seit Beginn der Wohnungsprivatisierung)															
in 1.000	53	12.479	13.682	14.880	15.774	16.539	17.351	18.538	19.823	20.676	22.116
in % aller zur Privatisierung freigegebenen Wohnungen	-	0,2%	36,0%	39,0%	42,0%	44,0%	46,0%	47,0%	50,0%	54,0%	56,0%	60,0%

1) 1995-1999 einschließlich der Gemeinschaftswohnungen („Kommunalki“)

 Quelle: http://www.gks.ru/free_doc/2005/b05_13/06-51.htm, 3.1.2007

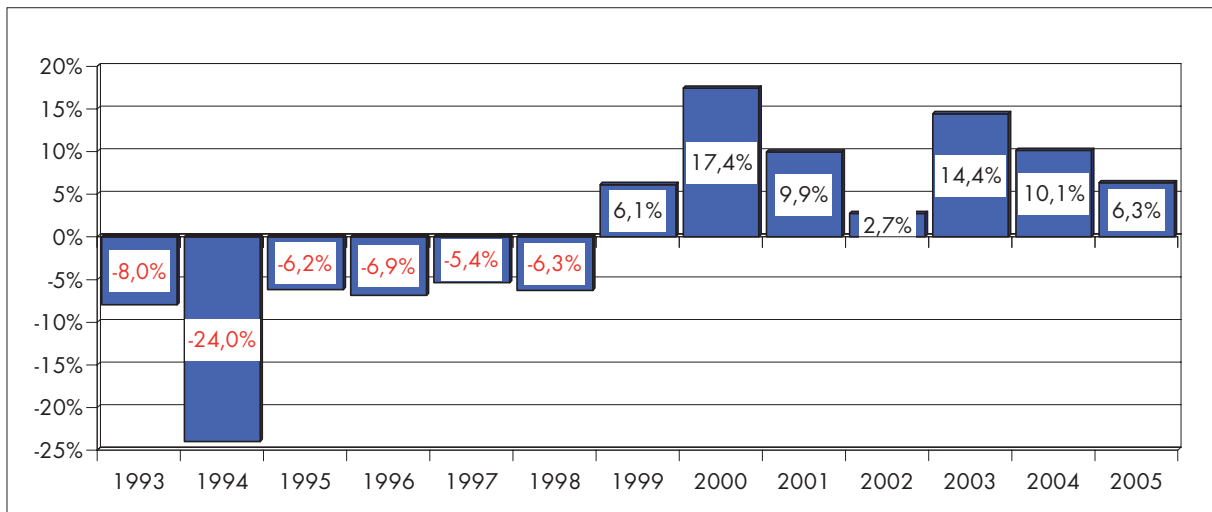
Neu gebauter Wohnraum 1946–2005 (in Mio. Quadratmetern)



1946–1950	104,0
1951–1955	143,3
1956–1960	280,8
1961–1965	279,6
1966–1970	284,5
1971–1975	304,1
1976–1980	295,1
1981–1985	308,7
1986–1990	343,4
1991–1995	212,9
1996–2000	160,0
2001–2005	186,5

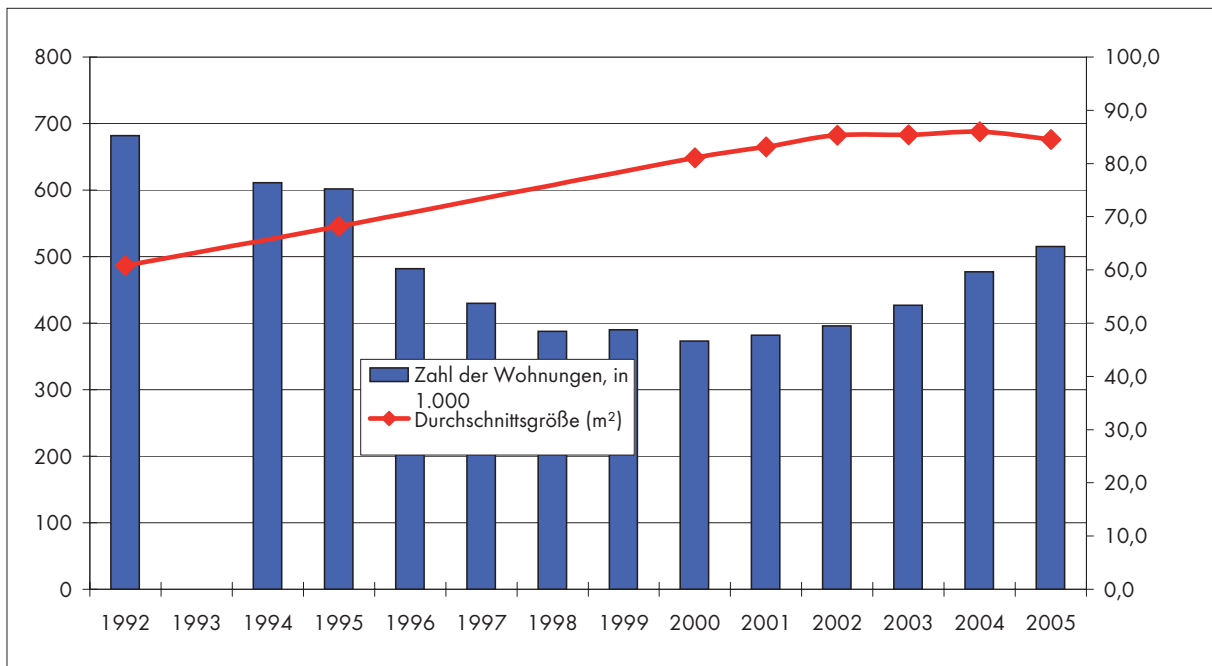
Quelle: Statistisches Jahrbuch der Russischen Föderation (Federal'naja Sluschba Gosudarstvennoj Statistiki, Rossijskij Statistitscheskij Eschegodnik) 2005, S. 482. Zahl für 2005: http://www.gks.ru/free_doc/2006/b06_11/16-11.htm

Entwicklung der Bautätigkeit in Russland 1993–2005 (in Prozent zum Vorjahr)



Quelle: Statistisches Jahrbuch der Russischen Föderation (Federal'naja Sluschba Gosudarstvennoj Statistiki, Rossijskij Statisticheskij Eschegodnik) 2001, S. 436, sowie Ausgabe 2005, S. 478. Daten für 2005: http://www.gks.ru/free_doc/2006/Statob/09-05.htm

Zahl und Durchschnittsgröße der neu gebauten Wohnungen 1992–2005



Quelle: Rosstat, http://www.gks.ru/free_doc/2006/rus06e/16-16.htm; http://www.gks.ru/free_doc/2006/b06_11/16-16.htm; bzw. Statistisches Jahrbuch der Russischen Föderation (Federal'naja Sluschba Gosudarstvennoj Statistiki, Rossijskij Statisticheskij Eschegodnik) 2005, S. 483 und ebd. 2001, S. 440.

Zahl und Durchschnittgröße der neu gebauten Wohnungen

	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005
Insgesamt														
Zahl der Wohnungen, in 1.000	682		611	602	482	430	388	390	373	382	396	427	477	515
Durchschnittsgröße (m ²)	60,8			68,2					81,1	83,1	85,3	85,4	86,0	84,5
Anteil der Wohnungstypen (in %)														
1-Zimmerwohnungen	18%	19%	19%	18%	18%	18%	18%	18%	20%	20%	21%	23%	25%	28%
2-Zimmerwohnungen	32%	33%	35%	32%	31%	30%	30%	29%	29%	30%	30%	31%	31%	32%
3-Zimmerwohnungen	40%	40%	39%	38%	37%	36%	36%	34%	34%	33%	32%	31%	29%	27%
4-Zimmerwohnungen und größer	10%	8%	7%	12%	14%	16%	16%	19%	17%	17%	17%	15%	15%	13%
Wohnbaukooperative														
Zahl der Wohnungen, in 1.000	37			30					11	10	8	7	7	9
Durchschnittsgröße (m ²)	56,1			58,5					67,1	67,5	69	71,4	74,6	69,3
Bevölkerung auf eigene Rechnung und mit Krediten														
Zahl der Wohnungen, in 1.000	61			90					106	108	113	115	116	127
Durchschnittsgröße (m ²)	80,1			99,7					118,8	120,4	125,7	131,9	138,5	138,3

Quelle: Rosstat, http://www.gks.ru/free_doc/2006/rus06e/16-16.htm; http://www.gks.ru/free_doc/2006/b06_11/16-16.htm; bzw. Statistisches Jahrbuch der Russischen Föderation (Federal'naja Sluschba Gosudarstvennoj Statistiki, Rossijskij Statistitscheskij Eschegednik) 2005, S. 483 und ebd. 2001, S. 440.

Verteilung der Bevölkerung nach Wohnungstypen 1989 und 2002 (Angaben der Volkszählungen 1989 und 2002)

	Gesamte Bevölkerung		Stadtbevölkerung		Landbevölkerung	
	1989	2002	1989	2002	1989	2002
Gesamtbevölkerung, in 1.000	147.022	145.167	107.959	106.429	39.063	38.738
<i>Typ der Unterbringung:</i>						
Einzelhäuser, Einzel- oder Gemeinschaftswohnungen	131.721	131.779	94.892	94.972	36.829	36.807
Einzelhäuser	33.025	36.641	12.344	13.956	20.681	22.685
Einzelwohnungen	89.917	92.954	74.388	78.976	15.529	13.978
Gemeinschaftswohnungen („Kommunalki“)	8.779	2.184	8.160	2.040	619	144
Wohnheime	13.264	4.721	11.541	4.458	1.723	263
in Institutionen		2.270		1.714		556
Hotels		48		43		5
Andere Wohngebäude	776	1.121	592	976	184	145
Obdachlose	...	143	...	134	...	9
Untermiete	1.261	4.432	934	3.598	327	834
Keine Angaben	...	653	...	534	...	119
in %						
in Einzelhäusern, Einzel- oder Gemeinschaftswohnungen	89,6%	90,8%	87,9%	89,2%	94,3%	95,0%
Einzelhäuser	22,5%	25,2%	11,4%	13,1%	52,9%	58,6%
Einzelwohnungen	61,2%	64,0%	68,9%	74,2%	39,8%	36,1%
Gemeinschaftswohnungen („Kommunalki“)	6,0%	1,5%	7,6%	1,9%	1,6%	0,4%
Wohnheime	9,0%	3,3%	10,7%	4,2%	4,4%	0,7%
in Institutionen	0,0%	1,6%	0,0%	1,6%	0,0%	1,4%
Hotels	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%
Andere Wohngebäude	0,5%	0,8%	0,5%	0,9%	0,5%	0,4%
Obdachlose		0,1%		0,1%		0,0%
Untermiete	0,9%	3,1%	0,9%	3,4%	0,8%	2,2%
Keine Angaben		0,4%		0,5%		0,3%

Quelle: Angaben von Rosstat (nach Poletaev 2007, Anhang)

Faktoren, die die Arbeit der Bauunternehmen behindern (in % aller Bauunternehmen)

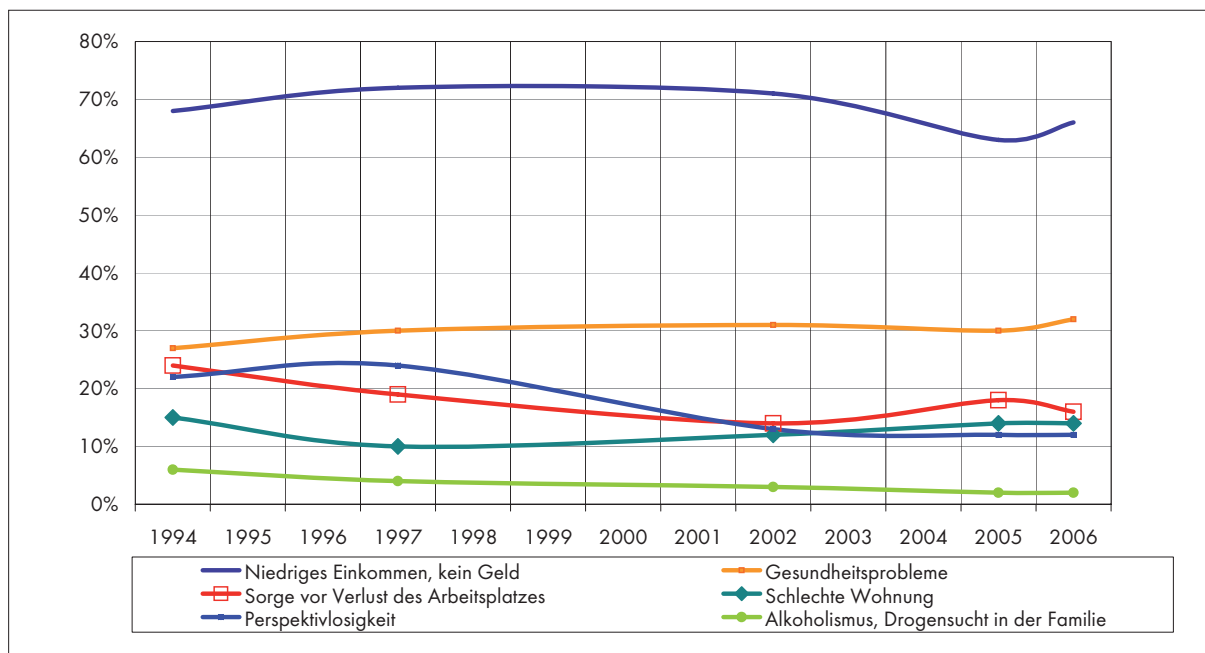
	1995	2000	2001	2002	2003	2004	2005
Hohe Steuern	59%	81%	73%	67%	64%	61%	47%
Fehlende Kaufkraft der Auftraggeber	87%	82%	65%	62%	55%	49%	38%
Hohe Kosten für Material, Gerät usw.	..	53%	45%	50%	48%	45%	37%
Fehlende Aufträge	49%	29%	30%	35%	33%	28%	17%
Konkurrenz anderer Baufirmen	..	16%	24%	30%	33%	36%	32%
Fehlen qualifizierter Arbeiter	10%	13%	20%	22%	22%	28%	25%
Fehlen bzw. Abnutzung von Gerät und Maschinen	31%	35%	40%	20%	15%	13%	7%
Hohe Kreditzinsen	36%	36%	31%	17%	13%	17%	11%

Quelle: http://www.gks.ru/free_doc/2006/b06_11/16-07.htm

Alltagssorgen der russischen Bevölkerung

Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom Juli 2006 <http://www.levada.ru./press/2006080701.html>

Was macht heute Ihr Leben schwer?



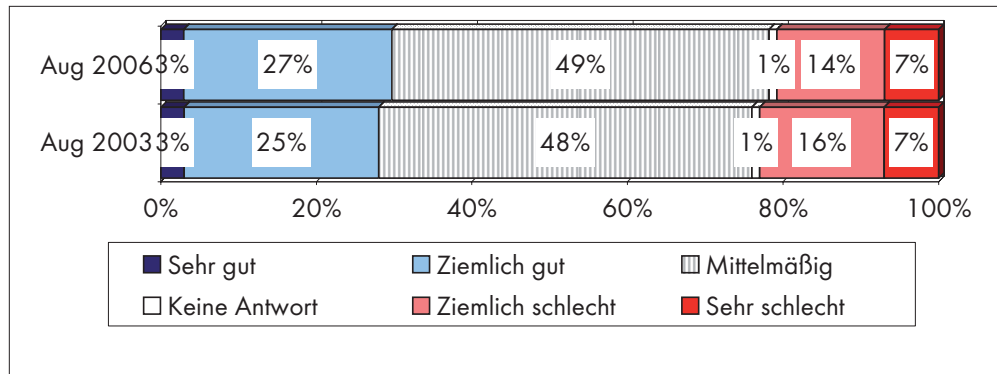
	1994	1997	2002	2005	2006
Niedriges Einkommen, kein Geld	68%	72%	71%	63%	66%
Gesundheitsprobleme	27%	30%	31%	30%	32%
Alltagssorgen	21%	19%	17%	21%	21%
Sorge vor Verlust des Arbeitsplatzes	24%	19%	14%	18%	16%
Müdigkeit, Erschöpfung	17%	16%	18%	15%	15%
Schlechte Wohnung	15%	10%	12%	14%	14%
Perspektivlosigkeit	22%	24%	13%	12%	12%
Fehlende Freizeit	11%	9%	9%	11%	10%
Keine gute Ausbildung für die Kinder	9%	9%	11%	8%	10%
Alkoholismus, Drogensucht in der Familie	6%	4%	3%	2%	2%
Familienstreit	4%	3%	4%	1%	2%
Andere	2%	3%	1%	2%	2%
Keine Antwort	6%	5%	7%	9%	7%

Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom Juli 2006 <http://www.levada.ru./press/2006080701.html>

Die Wohnsituation im August 2006

Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom August 2006 <http://www.levada.ru/press/2006091202.html>

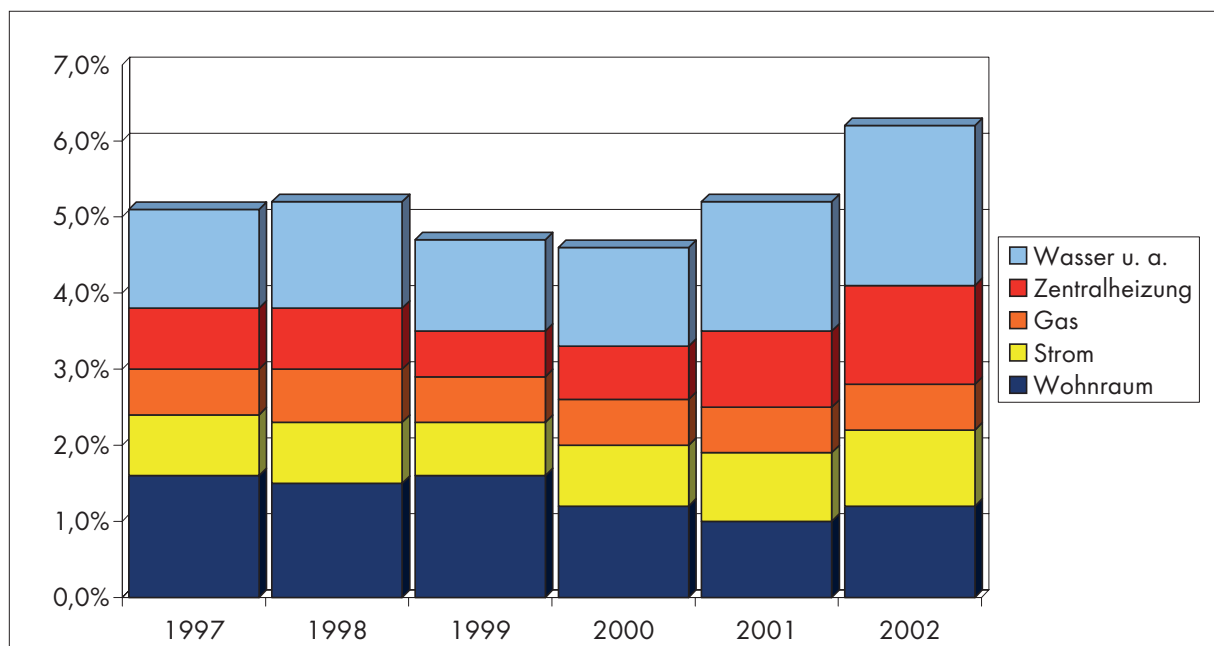
Wie bewerten Sie Ihre Wohnsituation?



Wohnkosten

Quelle: Tatjana Tschetwernina: *Alltag und Krise: Wohnen im neuen Russland. Ein Analytischer Bericht. Im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung in der Russischen Föderation gemeinsam mit dem Zentrum für Arbeitsmarktforschungen, Russische Akademie der Wissenschaften. In einer Bearbeitung von Angela Rustemeyer, Moskau 2005*

Ausgaben für Wohnen und dazugehörige Dienstleistungen
(Anteil an den Konsumausgaben der Haushalte insgesamt)



Ausgaben der Haushalte für Wohnen und dazugehörige Dienstleistungen (Anteil an den Konsumausgaben der Haushalte insgesamt)

	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Konsumausgaben der Haushalte	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%
Ausgaben für Wohnen	5,1%	5,2%	4,7%	4,6%	5,2%	6,2%
davon						
Wohnraum	1,6%	1,5%	1,6%	1,2%	1,0%	1,2%
Strom	0,8%	0,8%	0,7%	0,8%	0,9%	1,0%
Gas	0,6%	0,7%	0,6%	0,6%	0,6%	0,6%
Zentralheizung	0,8%	0,8%	0,6%	0,7%	1,0%	1,3%
Wasser u. a.	1,3%	1,4%	1,2%	1,3%	1,7%	2,1%

Quelle: Tatjana Tschetwernina: *Alltag und Krise: Wohnen im neuen Russland. Ein Analytischer Bericht. Im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung in der Russischen Föderation gemeinsam mit dem Zentrum für Arbeitsmarktforschungen, Russische Akademie der Wissenschaften. In einer Bearbeitung von Angela Rustemeyer, Moskau 2005*

Kommentar

Russische Wohnungspolitik - Nachjustieren im Nationalen Projekt?

Diana Huster, Berlin

Die russischen Reformbemühungen im Wohnungssektor geben auf den ersten Blick Anlass zu optimistischen Prognosen: Die 1992 eingeleitete kostenlose Privatisierung staatseigenen Wohnraums an die darin wohnenden Mieter ist im großen Maßstab umgesetzt worden. Über 70 % der Wohnungen sind privatisiert. Mit dem Inkrafttreten des Wohnungsgesetzbuches zum 1. Januar 2005 wurden grundlegende Aussagen zum Wohneigentum und zur Wohnungsverwaltung verabschiedet und die Zuordnung von Grund und Boden zu den Wohngebäuden festgeschrieben.

Angesichts des maroden Wohnungsbestandes und des Wohnungsmangels ist die Wohnungspolitik in Russland allerdings mit enormen sozialen Spannungen verbunden, die das von Präsident Putin initiierte Nationale Projekt „Erschwingliches und komfortables Wohnen für die Bürger Russlands“ sowie das Wohnungsgesetzbuch mit seinen zwei Säulen – einer sozial absichernden und einer bewohnerschaftlich aktivierenden – aufzulösen suchen.

Die Implementierung des Gesetzes wird in der Praxis durch die Realität einer Transformationsgesellschaft und der damit verbundenen chronischen Unterfinanzierung kommunaler und privater Haushalte gehemmt.

Die vom Gesetzgeber initiierte Partizipation bei der Bildung von Eigentümergesellschaften im Wohnungsbestand greift angesichts des Zustandes vieler Wohngebäude auf das private Kapital der Bewohner zurück. Daher wird sie mit Vorbehalt aufgenommen

und kommt insgesamt nur sehr zögerlich voran, in zentralen Regionen wie dem Moskauer Gebiet ebenso wie östlichen Verwaltungsbezirken des Landes. In Nowosibirsk wurden bisher in neun von über 800 Mehrfamilienhäusern Eigentümergesellschaften gegründet. Auch die gezielte Forcierung neuer Eigentümergesellschaften in St. Petersburg bewirkt keine spürbare Verbesserung der Wohnverhältnisse, da es den Bürgern häufig nicht an Engagement, sondern schlichtweg an finanziellen Möglichkeiten fehlt. Von Beginn an versäumte man, parallel zum Gesetz adäquate kommunale und föderale Förderprogramme für Modernisierungen im Gemeinschaftseigentum zu schaffen.

Auch im Wohnungsneubau kommen geeignete institutionalisierte Finanzierungsmechanismen nur schwer in Gang. Die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Hypothekenfinanzierung haben sich zwar in den letzten Jahren seit der Verabschiedung des Gesetzes „Über Hypothekenpfandbriefe“ im November 2003 erheblich verbessert. Nach Angaben der Bank Russlands wurden bis Oktober 2006 Hypothekenkredite für den Wohnungsneubau i.H.v. insgesamt 160 Mrd. Rubel ausgereicht. Die Laufzeit beträgt i.d.R. fünf bis maximal sieben Jahre. Der Zinssatz für Hypothekenkredite ist weiterhin – auch im osteuropäischen Vergleich – mit ca. 11% sehr hoch und stellt nur für durchschnittlich 10% der russischen Bevölkerung eine mögliche Finanzierungsoption für den Erwerb von Wohnraum dar. Der Hypothekenmarkt ist in Russland sehr heterogen: Über 40% des Zuwachses am Kreditvolumen

verteilt sich im ersten Halbjahr 2006 ausschließlich auf vier Regionen, die Städte Moskau und St. Petersburg sowie die Gebiete Moskau und Tjumen. Die Verbesserung der Wohnraumversorgung für junge Familien durch Hypothekenkredite – ein Schwerpunkt im Nationalen Projekt – ist bislang nicht in der intendierten Weise gelungen. So konnten in den vorgenannten 2 Städten und Gebieten nur 0,2% der Familien ihre Wohnverhältnisse nachhaltig verbessern.

Vor dem Hintergrund eines ausgeprägten Nachfrageüberhangs und eines übermäßig schnellen Preisanstiegs für Wohnraum im Vergleich zum Lohnniveau nimmt der Zugangskoeffizient zu erschwinglichem Wohnraum für einkommensschwache Bevölkerungsgruppen weiter ab, ein System sozialer Wohnraumförderung ist nicht entwickelt. Nur ein Drittel der russischen Bevölkerung mit einem Monatseinkommen bis 8.000 Rubel könnte sich derzeit eine Wohnung nach sozialem Standard, d.h. 54 qm für eine Familie, leisten, wenn sie über einen Zeitraum von sechs Jahren ihr Monatseinkommen ausschließlich für die Kredittilgung aufwenden würde. Für 3,4 Millionen Familien besteht angesichts ihres geringen Monatseinkommens unter 4.500 Rubel überhaupt keine Möglichkeit, eigene finanzielle Mittel zur Verbesserung ihrer Wohnsituation einzusetzen, sie gelten als bedürftig. Zur Unterstützung letztgenannter Gruppe erproben mehr als 20 Gebietskörperschaften der Russischen Föderation unterschiedliche Modelle, z.B. die Subventionierung des Zinssatzes für Hypothekenkredite durch Zuschüsse aus dem kommunalen Budget, die Förderung von Wohnungsgenossenschaften oder sozialen Wohnungsbaus mit Budgetmitteln sowie die Emittierung kommunaler Wohnungsanleihen.

Auf der Tagung des Präsidiums des Staatlichen Beirates „Zur Reformierung der Wohnungs- und Kommunalwirtschaft und zum Wohnungsbau“ unter Leitung von Präsident Putin in Kasan wurden nunmehr weitere wohnungspolitische Ziele diskutiert und Vorschläge, insbesondere für mittlere und einkommensschwache Bevölkerungsschichten, entwickelt, die zeitnah in konkrete Beschlüsse umgesetzt und Bestandteil des Nationalen Projektes werden sollen:

- Die Schaffung eines Unterprogramms „Modernisierung und Sanierung des Wohnungsbestandes und Beseitigung der baufälligen Substanz“ erscheint angesichts der Tatsache, dass ca. fünf Millionen

Bürger in baufälligen Wohnungen leben (ca. 88 Mio. qm Wohnfläche) als zielführendes wohnungspolitisches Instrument.

- Die Stärkung der Stellung der Eigentümergesellschaften durch eine praxistaugliche Synthese der im Wohnungsgesetzbuch formulierten theoretischen Modelle für die Wohnungsverwaltung sollte über partnerschaftlichen Dialog mit den kommunalen Verwaltungen erfolgen. Mit Blick auf die Bildung von Eigentümergesellschaften im Wohnungsbestand wäre die bisher übliche Besteuerung der Rücklagen aufzuheben.
- Die Einführung eines Systems von Bausparkassen einschließlich staatlicher Bausparprämien könnte der missbrauchsanfälligen Form der Anspargenossenschaften (*dolewoje stroitel'stvo*) entgegenwirken und den Wohnungserwerb langfristig für breitere Bevölkerungsschichten attraktiv machen.
- Die Initiierung eines föderalen Programms „Sozialer Wohnungsbau“ auf der Grundlage von Sozialmietverträgen würde zur Entschärfung der Situation auf dem Wohnungsmarkt beitragen und die Wartezeit auf eine Wohnung mit Sozialbindung verkürzen. In Regionen mit schlechtem Versorgungsgrad, z.B. Inguschetien, Tywa, Burjatien und im Altai-Gebiet beträgt sie derzeit 14 Jahre.
- Schließlich böte die Erweiterung der niedriggeschossigen Wohnbebauung gegenüber großen Mehrfamilienhäusern den Vorzug, durch niedrigere Baukosten in diesem Segment den Zugang für einkommensschwache Bevölkerungsgruppen zu erleichtern. Die Kommunen könnten speziell für dieses Segment günstiges Bauland bereithalten. Ein entsprechender Gesetzesentwurf wird gegenwärtig ausgearbeitet.

Vorerst bleibt jedoch für große Teile der russischen Bevölkerung festzuhalten: Das Leben geht weiter, aber eine Verbesserung der Wohnverhältnisse, als ehrgeiziges Ziel im Nationalen Projekt „Erschwingliches und komfortables Wohnen“ formuliert, ist nicht abzusehen. Das Dilemma, in das die Privatisierung eines über Jahrzehnte vernachlässigten Wohnungssektors in der Hoffnung auf sozioökonomische Selbstregulierung führte, ist mit dem Nationalen Projekt und der Verabschiedung des Wohnungsgesetzbuches allein noch lange nicht gelöst.

Über die Autorin:

Dr. Diana Huster leitet die Projektgruppe „Osteuropaberatung“ im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, Bonn.

Lesetipps (nur russische Texte verfügbar):

- Stenografičeskij očet o zasedanii prezidiuma gosudarstvennogo soveta ...po reformirovaniju žiliščno-kommunal'nogo chozjastva...“ www.president.kremlin.ru/text/appears/2007/01/116890.shtml
- Glasunov, V. / Samošin, V: Dostupnoje žil'e. Ljudi i nacional'nyj projekt. Moskva 2006.

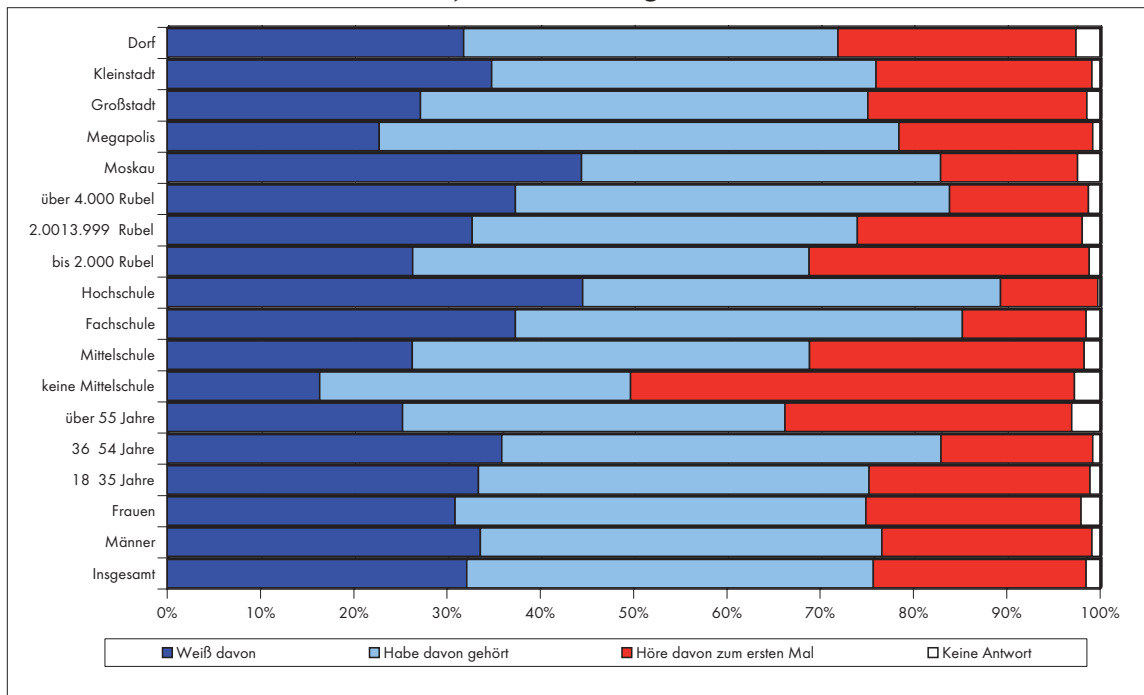
Umfrage

Das nationale Projekt „Erschwingliches Wohnen“ in Umfragen

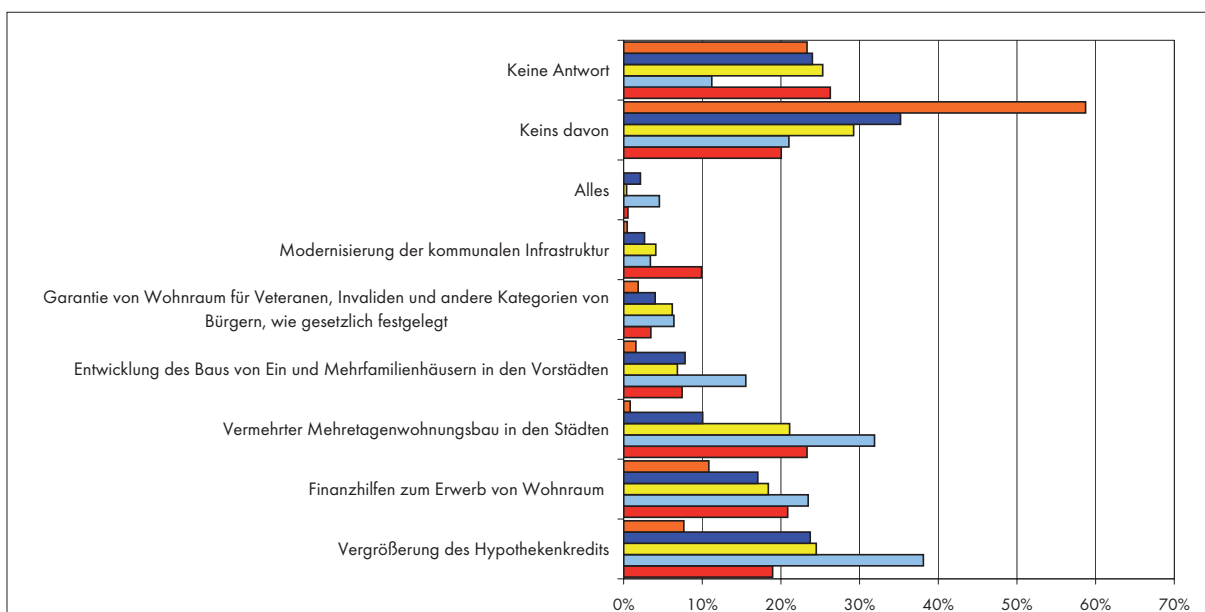
Monitoring des nationalen Projektes „Erschwingliches Wohnen“ durch die „Stiftung Öffentliche Meinung“ (FOM)

Quelle: Umfragen der „Stiftung Öffentliche Meinung“ (FOM) vom 25.-26. November 2006 <http://bd.fom.ru/zip/tb0647.zip>

Wissen Sie von dem nationalen Projekt „Erschwingliches Wohnen“?



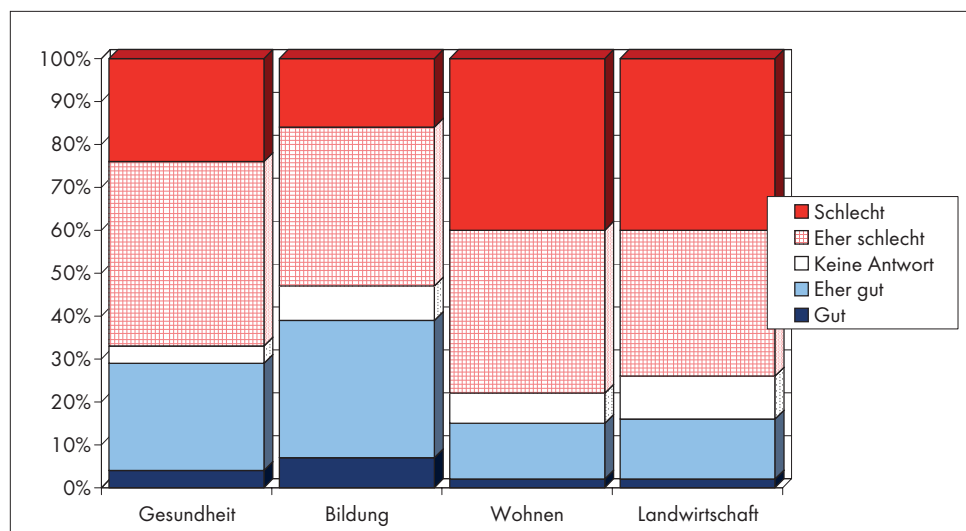
Welche Maßnahmen des nationalen Projekts „Erschwingliches Wohnen“ werden an Ihrem Wohnort realisiert?



Gesundheit, Wohnen, Bildung, Landwirtschaft ...

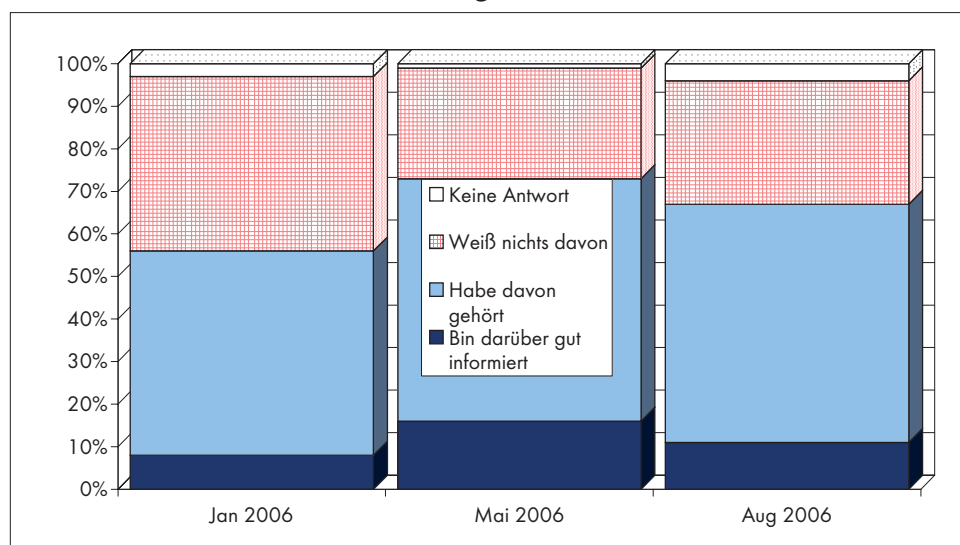
Quelle: Umfragen des VCIOM vom August 2006 <http://wciom.ru/?pi=44&article=3130> 6.9.2006

Wie schätzen Sie die Situation in folgenden Bereichen des gesellschaftlichen Lebens ein?



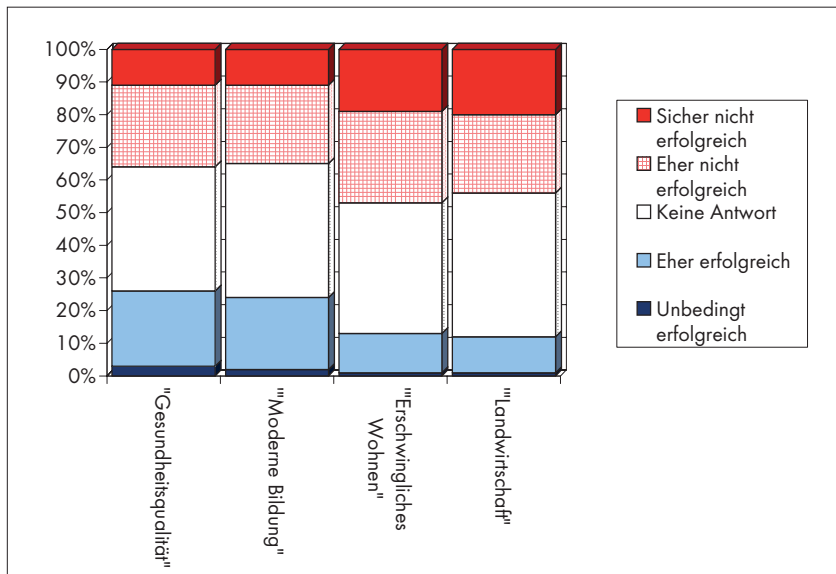
	Gesundheit	Bildung	Wohnen	Landwirtschaft
Gut	4%	7%	2%	2%
Eher gut	25%	32%	13%	14%
Eher schlecht	43%	37%	38%	34%
Schlecht	24%	16%	40%	40%
Keine Antwort	4%	8%	7%	10%

Wissen Sie über die „Nationalen Programme“ bescheid?



	Jan 2006	Mai 2006	Aug 2006
Bin darüber gut informiert	8%	16%	11%
Habe davon gehört	48%	57%	56%
Weiß nichts davon	41%	26%	29%
Keine Antwort	3%	1%	4%

Wie erfolgreich sind die nationalen Projekte in Ihrer Region?



	„Gesundheitsqualität“	„Moderne Bildung“	„Erschwingliches Wohnen“	„Landwirtschaft“
Unbedingt erfolgreich	3%	2%	1%	1%
Eher erfolgreich	23%	22%	12%	11%
Eher nicht erfolgreich	25%	24%	28%	24%
Sicher nicht erfolgreich	11%	11%	19%	20%
Keine Antwort	38%	41%	40%	44%

Welche Maßnahmen haben Sie im letzten halben Jahr persönlich beobachtet? (beliebig viele Antworten)

Gesundheitswesen

Zunahme der Qualifikation der Ärzte und bessere Qualität der Versorgung in Polikliniken und Krankenhäusern	9%
Besserung der materiellen Ausstattung von Polikliniken und Krankenhäusern	18%
Leichtere Zugänglichkeit teurer Behandlungen (Operationen, hochtechnologische Medizin)	9%

Bildung

Verbesserung der materiellen Basis der Schulen und Hochschulen (bessere Gebäude, moderne technische Ausrüstung, Kommunikationseinrichtungen)	14%
Nutzung moderner, innovativer Ausbildungsmethoden und -programme	9%
Förderung talentierter Schüler und Studenten	10%
Interesse der Lehrenden an der Steigerung der Qualität des Unterrichts	4%

Wohnen

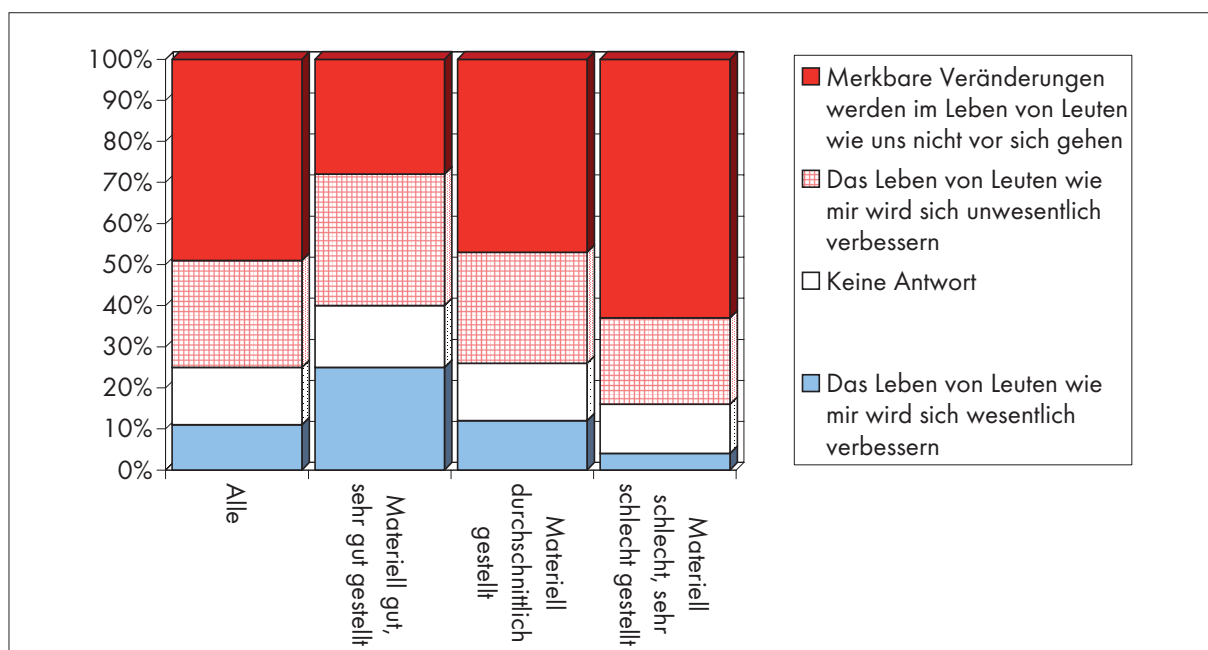
Senkung der Mieten	2%
Leichtere Zugänglichkeit von Krediten und Hypotheken	11%

Landwirtschaft

Verbesserung der materiellen Basis der Landwirtschaft	2%
Verbesserung der Lebensbedingungen auf dem Lande	2%
Entwicklung von Genossenschaften	2%

Habe nichts von allem gesehen	49%
Keine Antwort	6%

Wie wirkt sich die Implementierung der nationalen Projekt auf das Leben von Leuten wie Ihnen aus?



	Alle	Materiell gut, sehr gut gestellt	Materiell durchschnittlich gestellt	Materiell schlecht, sehr schlecht gestellt
Das Leben von Leuten wie mir wird sich wesentlich verbessern	11%	25%	12%	4%
Das Leben von Leuten wie mir wird sich unwesentlich verbessern	26%	32%	27%	21%
Merkbare Veränderungen werden im Leben von Leuten wie uns nicht vor sich gehen	49%	28%	47%	63%
Keine Antwort	14%	15%	14%	12%

Chronik

Vom 1. bis zum 8. Februar 2007

1.02.2007	Bei seiner alljährlichen Pressekonferenz im Kreml kündigt Präsident Wladimir Putin an, dass Russland als Antwort auf die geplante Stationierung von amerikanischen Raketenabwehrsystemen in Polen und Tschechien völlig neue strategische Waffen entwickle.
2.02.2007	Das Moskauer Stadtgericht verurteilt Maxim Panaryin, Tamby Chubijew und Murat Schawajew für zwei Bombenanschläge im Februar und März 2004, bei denen mehr als 50 Menschen starben, zu lebenslanger Haft. Staatsanwälte zufolge gehören Panaryin und Chubijew zu einer Terrorgruppe aus der Karatschajewo-Tscherkessischen Republik; Murat Schawajew soll ehemaliger Beamter des russischen Justizministeriums sein.
2.02.2007	Im Gebiet Uljanowsk müssen ca. 2.000 Beamten ein Examen über russische Grammatik, Orthographie und Punctuation ablegen. Der Gouverneur Sergei Morosow hatte dies verfügt, da er zu viele Dokumente erhielt, die in fehlerhaftem Russisch verfasst waren.
2.02.2007	Venezuelas Präsident Hugo Chavez bestätigt, dass sein Land von Russland Raketen zur Verteidigung von Ölanlagen kaufen will.
3.02.2007	In Malgobek in der russischen Republik Inguschetien werden vier vermutliche Terroristen bei einem Gefecht mit der Polizei getötet, ein Polizist wird verwundet.
3.02.2007	In Tschetschenien werden ebenfalls vier vermutliche Terroristen von den Sicherheitskräften getötet.
3.02.2007	In Machatschkala, der Hauptstadt von Dagestan, wird ein Polizist erschossen; zwei Bomben explodieren, als Polizei am Tatort eintrifft und töten zwei weitere Polizisten.
5.02.2007	Russische Staatsanwälte erheben neue Vorwürfe gegen Michail Chodorkowski und Platon Lebedew, wegen Geldwäsche und Veruntreuung.
5.02.2007	In Moskau trifft der russische Außenminister Sergei Lawrow die Außenkommissarin der EU, Benita Ferrero-Waldner, den Generalsekretär der EU, Javier Solana und den deutschen Außenminister Frank-Walter Steinmeier als Vertreter des Landes, das den EU-Vorsitz innehat. Lawrow betont, dass Russland eine Energiecharta nach wie vor ablehnt.
5.02.2007	Vertreter Russlands und Georgiens beginnen Gespräche, um den Luftverkehr zwischen beiden Ländern wieder aufzunehmen, der 2006 von Moskau eingestellt wurde.
6.02.2007	Belarus kündigt an, dass es die Transitgebühren für die Durchleitung von russischem Öl in den Westen anheben wird, von derzeit US\$ 0,41–0,60 pro metrische Tonne pro 100 Kilometer auf US\$ 1,29–3,50.
6.02.2007	Waleri Schanzew, Gouverneur des Gebietes Nischni Nowgorod und Willi Liebherr unterzeichnen ein Abkommen, demzufolge der Liebherr-Konzern 2008 ein Werk für Komponenten von Bautechnik bei Nischni Nowgorod errichten wird.
6.02.2007	Präsident Putin trifft sich mit Vertretern des Russischen Unternehmerverbandes (RSPP).
6.02.2007	Die Vnesheconombank und die Londoner Abteilung der Deutschen Bank gewähren dem russischen Flugzeugbauer Suchoi einen Kredit von £ 16,9 Mio. für sein Suchoi-SuperJet-100-Programm.
7.02.2007	Verteidigungsminister Sergei Iwanow erklärt, dass die russischen Streitkräfte bis 2015 u.a. 17 Interkontinentalraketen, vier militärische Raumschiffe mit einer entsprechenden Anzahl von Trägerraketen sowie neue Bomber, Kriegsschiffe und andere Ausrüstung für insgesamt umgerechnet US\$ 189 Mrd. anschaffen wollen.

Die Russlandanalysen werden mit Unterstützung durch die Otto-Wolff-Stiftung gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

Die Meinungen, die in den Russlandanalysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.
Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.
Redaktion und technische Gestaltung: Matthias Neumann, Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder
Russlandanalysen-Layout: Cengiz Kibaroglu
ISSN 1613-3390 © 2007 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen
Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-7891 • Telefax: +49 421-218-3269
e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: www.russlandanalysen.de

Lesehinweis

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa

Russlandanalysen

Die „Russlandanalysen“ bieten wöchentlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Wochenchronik aktueller politischer Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

Der Russian Analytical Digest bietet zweimal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

kultura. Russland-Kulturanalysen

Die Russland-Kulturanalysen diskutieren in kurzen, wissenschaftlich fundierten, doch publizistisch-aufbereiteten Beiträgen signifikante Entwicklungen der Kultursphäre Russlands. Jede Ausgabe enthält zwei Analysen und einige Kurztexte bzw. Illustrationen. Erscheinungsweise: monatlich, in je einer deutschen und englischen Ausgabe.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen bieten zweimal monatliche eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen bieten zweimal monatliche eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.polen-analysen.de>

Bibliographische Dienste

Die vierteljährlich erscheinenden Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik sowie zur Ukraine. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

FSO-Fernsehtipps

Die „FSO-Fernsehtipps“ bieten zweiwöchentlich einen Überblick über Sendungen mit Bezug auf Ost- bzw. Ostmitteleuropa im deutschsprachigen Kabelfernsehen. Vorrangig erfaßt werden Spiel- und Dokumentarfilme aus und über osteuropäische Länder. Der Schwerpunkt liegt auf der Sowjetunion und ihren Nachfolgestaaten (vor allem Russland), Polen, Tschechien, Slowakei und DDR.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de